

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bü 90/Grüne, CDU, Volt, SPD und FDP vom 27.Juni 2021 betr. Darmstädter Stadtverordnetenversammlung steht an der Seite der Jüdinnen und Juden

DRINGLICHKEITSANTRAG

Darmstädter Stadtverordnetenversammlung steht an der Seite der Jüdinnen und Juden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

1. Die Angriffe auf Jüdinnen und Juden und jüdische Einrichtungen in den letzten beiden Wochen in Deutschland sind erschreckend und klar zu verurteilen. Wir stellen uns unmissverständlich gegen Antisemitismus jeglicher Couleur. Gleichzeitig werden wir alles dafür tun, dass Jüdinnen und Juden in Darmstadt in Sicherheit leben können und jüdisches Leben öffentlich und ohne Einschränkungen möglich ist.
2. Es ist beschämend, dass jüdische Einrichtungen nur mit einem umfassenden Polizeischutz vor Angriffen und Sachbeschädigungen geschützt werden können. Dennoch setzen wir uns auch in Zukunft dafür ein, dass ausreichend Polizei und Sicherheitsvorkehrungen an der Synagoge in Darmstadt vorhanden sind, um die Darmstädter Jüdinnen und Juden zumindest dort zu schützen. Gleichzeitig werden wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass dieser Schutz eines Tages nicht mehr notwendig sein wird.
3. Ausgangspunkt der jetzigen Kampfhandlungen ist der Angriff der terroristischen Hamas auf israelisches Staatsgebiet. Israel ist der historisch notwendige Schutzraum für Jüdinnen und Juden und hat das Recht auf Selbstverteidigung, um seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen.
4. Das erneute Aufflammen des Nahostkonfliktes ist keine Begründung für antisemitische oder antiisraelische Entgleisungen. Sich in einem laufenden Konflikt mit der leidenden Zivilbevölkerung zu solidarisieren, die militärische Vorgehensweise einer Konfliktpartei zu kritisieren und für eine friedliche Konfliktlösung zu demonstrieren, ist ein völlig legitimes Anliegen. Wenn jedoch Israel dämonisiert und delegitimiert wird, Israel als monolithischer Block dargestellt, wenn der israelische Militäreinsatz als „Völkermord“ bezeichnet oder gar mit dem Holocaust gleichgesetzt wird, ist dies kein legitimer Protest, sondern antisemitische Propaganda.
5. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt wird auch in Zukunft die vielen freundschaftlichen Beziehungen nach Israel beibehalten und nach Möglichkeiten einer erweiterten Partnerschaft mit einer israelischen

Stadt oder Region suchen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Zwei-Staaten-Lösung möglich ist und dort Menschen in Frieden ohne Terrorismus leben können.